



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

61. Sitzung (öffentlich)

24. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 17:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (Vorsitzender);
Bernhard Tenhumberg (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7000 Vorlage 14/1990 (Erläuterungsband)	
Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Haushaltsgesetz 2009, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelplan 11)	

2 Bericht der Landesregierung nach § 14 Abs. 1 Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen – BGG NRW 13

Vorlage 14/1913

In Verbindung mit:**Programm „Teilhabe für alle“**

Vorlagen 14/913 und 14/2087

Den Berichten der Landesregierung und der Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung, Angelika Gemkow, folgt eine Diskussion.

3 Selbständiges Wohnen behinderter Menschen – Individuelle Hilfen aus einer Hand 26

Vorlage 14/2045

Der Ausschuss diskutiert.

4 Konzeption Pflegestützpunkte in NRW 29

Vorlage 14/2075

Dem Bericht von LMR Manfred Feuß (MAGS) schließt sich eine Diskssion an.

5 Nationale Arbeitsschutzstrategie – Stand der Umsetzung in NRW 31

Information 14/754

Dem Bericht von LMR Dr. Helmut Deden (MAGS) folgt eine kontroverse Diskussion.

6 Errichtung eines Gesundheitscampus im Ruhrgebiet, Bestand des Landesinstituts für Gesundheit und Arbeit NRW 39

Der Ausschuss diskutiert.

7 Mehr Aufmerksamkeit für Cannabis in der Drogen- und Präventionspolitik 42

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6849
Vorlagen 14/1970 und 14/1974

– abschließende Beratung

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 14/6849 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen an.

8 Finanzierung der ambulanten Hospizarbeit durch die Krankenkassen 44

Zuschrift 14/1513

Dem Bericht von LMR Dr. Julius Siebertz (MAGS) folgt eine kurze Diskussion.

9 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und Verfahren auf dem Gebiet des Krankenhauswesens (KHZVV) 46

Vorlage 14/1998

Der Ausschuss wird zu dieser Verordnung angehört und erhebt keine Einwände.

10 Finanzielle Situation der Krankenhäuser verbessern – Krankenhausfinanzierung neu ausrichten 47

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6857

In Verbindung mit:

Eine qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende medizinische Versorgung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6928

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/6857 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen abgelehnt.

Der Ausschuss nimmt den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der Grünen an.

11 Keine Abschiebung von schwer kranken Flüchtlingen aus Nordrhein-Westfalen – medizinisch-ethische Standards gewährleisten **48**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6521
Vorlage 14/1737 – Nachdruck –
Zuschriften 14/1478 und 14/1479

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, dem federführenden Innenausschuss seine Anregung nahe zu legen, den Kommunen eine Übersicht über alle einschlägig qualifizierten, insbesondere zur Beurteilung von PTST befähigten Ärzte zur Verfügung zu stellen.

12 Die Versorgung psychisch kranker Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten muss verbessert werden **49**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6685

Der Ausschuss verzichtet auf die Abgabe eines Votums an den federführenden Rechtsausschuss.

13 Zugangshemmnisse von Frauen mit Behinderungen zum Mammographiescreening beseitigen **50**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6949

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Frauenpolitik mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/6949 abzulehnen.

14 Kommunen müssen sich an Recht und Gesetz halten – Heizkosten dürfen nicht über Pauschalen bei den SGB-II-Beziehenden zu weiteren Einschnitten beim Existenzminimum führen **51**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6964

Der Ausschuss beschließt, am Mittwoch, dem 26. November 2008, von 14 bis 16 Uhr eine Anhörung zu diesem Antrag durchzuführen.

15 Verschiedenes **52**